

Fatale Erinnerungslücken

Was Mr. Trump «vergisst»: Einzig die Wiederaufnahme eines direkten politisch-diplomatischen Dialogs führt aus der aktuellen Sackgasse von Provokationen und Konter-Provokationen

Der Koreakrieg (1950-53), der erste «heiße» militärische Konflikt im Kalten Krieg, wirkt fort in der Teilung des Landes. Über zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Ende der West-Ost-Blockkonfrontation durchzieht die Halbinsel noch immer eine etwa 240 km lange und ca. vier km breite «demilitarisierte Zone». Ein Euphemismus und Anachronismus ohnegleichen; es ist dies die weltweit bestbewachte, höchstmilitarisierte und konfliktträchtigste Region – ohne Besucheraustausch, ohne gegenseitige Post-, Telefon- und Verkehrsverbindungen. Dort stehen sich diesseits und jenseits des 38. Breitengrads waffenstarr über eine Million Soldaten gegenüber, inklusive etwa 27.500 im Süden stationierter US-amerikanischer GIs. Bis heute existiert lediglich ein Waffenstillstandsabkommen¹⁷, das zwar den Koreakrieg beendete, aber noch immer nicht in einen Friedensvertrag überführt wurde.

Wie dringend ein solcher Vertrag wäre, wurde einmal mehr in den vergangenen Wochen deutlich. US-Präsident Donald Trump reagierte auf die «Provokationen» und «Drohungen» der nordkoreanischen Führung mit einer Flut harscher Worte und Tweets. Am 8. August 2017 drohte er Pjöngjang mit «Feuer und Wut, wie es die Welt noch nicht gesehen hat». Der chinesischen Regierung, die er für nicht entschlossen genug und lasch hält, drohte der Präsident am 3. September 2017 mit dem Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Argument: «Wer mit Nordkorea Geschäfte macht, kann keine mit uns machen» Dann diente Trump am 19. September 2017 ausgerechnet die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) als Tribüne, um von dort aus dem «Raketenmann KIM Jong-Un in Pjöngjang und Nordkorea mit der völligen Vernichtung» zu drohen, sollte das Land seine Atompolitik nicht einstellen. Ein in den UN-Annalen einmaliges Ereignis, wo der mächtigste Politiker der »freien Welt« ungestraft zu Mord und Zerstörung aufrief.

Und seinem eigenen Außenminister Rex Tillerson bescheinigte Trump wiederholt, seine Zeit damit zu vergeuden, mit dem Regime in Pjöngjang zu verhandeln. Doch genau das, eine neuerliche Runde diplomatisch-politischer Konfliktsdeeskalation, ist dringlicher denn je. Und vor allem: Es gibt da recht ansehnliche Ergebnisse, würde man sich nur ihrer erinnern (können). Von daher muss Donald Trump in jenem Moment unter Totalamnesie gelitten haben, als er zum Jahreswechsel nochmalig unterstrich, ein «viertel Jahrhundert von Verhandlungen hat zu nichts geführt».

Erster Atomkonflikt & Tod KIM Il-Sungs

¹⁷ Unterzeichnet wurde das am 27. Juli 1953 zur Beendigung des Koreakrieges in Panmunjom vereinbarte Waffenstillstandsabkommen lediglich von Nordkorea, der VR China und den beiden US-Generälen William K. Harrison und Mark W. Clark im Auftrag der Vereinten Nationen, die im Koreakrieg de jure als multilateraler Schirm der US-Intervention fungieren sollten, de facto allerdings dem US-Kommando unterstellt blieben – sehr zum Verdruss des damaligen UN-Generalsekretärs Trygve Lie. Südkoreas damaliger Präsident RHEE Syngman verweigerte nicht nur die Unterzeichnung des Abkommens, er wollte sogar den Krieg fortsetzen. Erst als Washington einem bilateralen Sicherheitspakt zustimmte, sein in Südkorea stationierter Oberbefehlshaber des Hauptquartiers der vereinigten amerikanisch-südkoreanischen Streitkräfte im Ernstfall auch die Kommandogewalt über die südkoreanischen Truppen erhielt und Seoul beträchtliche Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfe in Aussicht stellte, erklärte sich RHEE zur Respektierung der Waffenstillstandsklauseln bereit.

Bereits im Sommer 1994 hatte es zeitweilig den Anschein, als stünde die koreanische Halbinsel an der Schwelle eines neuerlichen militärischen Konflikts. In den Städten Südkoreas heulten in gewohnt regelmäßigen Abständen Alarmsirenen auf und wurden vermehrt Luftschutzübungen durchgeführt. In einigen Vierteln der Metropole Seoul kam es zu Hamsterkäufen – vor allem bei Instant-Nudelgerichten. Kommentatoren großer US-amerikanischer Tageszeitungen beschworen die Gefahr des «nuklearen Gangsters» Pjöngjang herauf, während die Endlosbilder von CNN das innenpolitische Klima aufheizten und allerorten Verunsicherung schürten.

Ausgerechnet auf dem Höhepunkt dieser prekären Situation zeichnete sich – paradox wie Vieles auf der koreanischen Halbinsel – eine Entspannung mit weitreichenden Folgen ab. Erstmals seit dem Koreakrieg waren die Protokollchefs in Seoul und Pjöngjang – teils eingefädelt vom US-amerikanischen Expräsidenten Jimmy Carter – damit befasst, ein gemeinsames Treffen der damaligen Präsidenten KIM Young-Sam und KIM Il-Sung (Großvater von KIM Jong-Un) vorzubereiten.

Inmitten der Vorbereitungen des ersten Gipfeltreffens beider koreanischen Staatshäupter starb Mitte Juli 1994 plötzlich der «Große Führer» KIM Il-Sung. Hochdotierte Analysten diverser Denkfabriken, von der Londoner *Economist Intelligence Unit* bis hin zu Experten im Washingtoner State Department, wähten Nordkorea bereits als Hort ebenso erbitterter wie unkalkulierbarer Diadochenkämpfe und prophezeiten dem Land eine rasche Implosion wie im Falle der Sowjetunion und Osteuropas.¹⁸ Nichts dergleichen geschah. Stattdessen demonstrierte Pjöngjang aufs Neue, dass Totgesagte länger leben.

Die politische Kontinuität der fortan um KIM Jong-Il, den Sohn des früheren Staats- und Parteichefs, gruppierten Führungsschicht, in der die militärische und zivile Machtbalance zwischen alten Partisanen, im Ausland geschulten Kadern und autochthonen – im Lande selbst und dort vorrangig an der KIM-Il-Sung-Universität ausgebildeten – Führungskräften austariert blieb, bewahrte das nordkoreanische Regime nicht nur vor einer Implosion, sondern stärkte es gar. Erstmals seit dem Tod KIM Il-Sungs (Juli 1994) trat Anfang September 1998 das wenige Wochen zuvor neugewählte Parlament – die aus 687 Abgeordneten gebildete Oberste Volksversammlung (OVV) – zusammen, beendete damit Spekulationen über ein lähmendes Machtgerangel und einen innenpolitischen Stillstand und stellte schließlich mit der Verabschiedung wegweisender Beschlüsse die Weichen für den Aufbau des für die KIM-Jong-Il-Ära propagierten «starken und gedeihenden Staates» (*kangsòng taeguk*). Nach dreijähriger Trauerphase über den Tod seines Vaters war das Regime stabil wie eh und je.

«Schurkenstaat» und Rahmenabkommen

Die zur Entschärfung der sogenannten Atomkrise letztlich am 21. Oktober 1994 in Genf von den USA und Nordkorea getroffene Rahmenvereinbarung (*Agreed Framework*) über den Stopp des nordkoreanischen Nuklearprogramms in Yongbyon sah im Gegenzug die Lieferung von zwei 1.000 Megawatt-Leichtwasserreaktoren bis zum Jahr 2003 vor. Bis zu deren Inbetriebnahme hatten sich die USA verpflichtet, an Pjöngjang jährlich 500.000 Tonnen Schweröl und Kohle im Gesamtwert von umgerechnet knapp 4,6 Mrd. US-Dollar zu liefern. Vereinbart wurde überdies die Einrichtung von Liaison-Büros in den jeweiligen Hauptstädten und die gemeinsame Suche

¹⁸ Im Dezember 1996 ging der damalige CIA-Direktor John Deutch vor dem Geheimdienstausschuss des US-Senats von folgendem Dreier-Szenario aus, das binnen der nächsten zwei oder drei Jahre entschieden würde: a) Nordkorea marschiert entweder in den Süden ein und es kommt erneut zu einem Krieg; b) oder das Land kollabiert bzw. implodiert wegen seiner immensen Wirtschaftsprobleme oder c) es kommt irgendwann zu einer friedlichen Regelung und Wiedervereinigung mit dem Süden – „CIA chief says N. Korea future clear within 3 years“, Reuters, 11. Dezember 1996.

nach den Überresten der im Koreakrieg gefallenen amerikanischen Soldaten. Aus Pjöngjanger Sicht war es von besonderer Bedeutung, qua einem Zusatzprotokoll Sicherheitsgarantien seitens Washingtons bekommen zu haben. Mit der Umsetzung der technischen und finanziellen Hilfslieferung wurde ein Jahr später (1995) das eigens zu diesem Zweck gegründete Nuklearkonsortium *Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO)* betraut. Diesem gehörten ursprünglich die drei Gründungsmitglieder USA, Japan und Südkorea an, das als Hauptfinanzier fungieren sollte.¹⁹

Eingebettet war dieser Deal in die Aufnahme von Vierergesprächen zwischen den USA, der VR China sowie Nord- und Südkorea – ein mühsamer Prozess, der mehrfach ins Stocken geriet. Nordkorea erhoffte sich Mitte der 1990er Jahre dringend Hilfe für die infolge verheerender Naturkatastrophen von Hungersnot geplagte Bevölkerung – eine wirtschaftlich prekäre Situation, die erschwert wurde durch notorisch unausgelastete, überdies veraltete Produktionsanlagen, technologische Defizite in zahlreichen industriellen Sektoren sowie die Umstellung des Handels auf Devisenbasis mit den beiden wichtigsten Partnern und Energielieferanten Russland und der VR China. Die Krise der Volksrepublik war zu der Zeit im Wesentlichen ökonomischer Natur. Die Dschutsche-Variante eines Autarkiekonzepts blieb trotz angespannter Wirtschaftslage und anhaltender Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung von Erschütterungen verschont.

Vielversprechend - der Perry-Report

Wenngleich die Clinton-Administration in unregelmäßigen Abständen an dem Vorwurf des «Schurkenstaats» festhielt, versuchte sie dennoch seit Ende 1994 hinter den Kulissen, einen Modus vivendi mit Pjöngjang zu finden und mittels diskreter politisch-diplomatischer Avancen das US-amerikanisch-nordkoreanische Verhältnis zu normalisieren. Ein Prozess, der in dem Maße an Konturen gewann, wie Seoul seit dem Amtsantritt KIM Dae-Jungs im Februar 1998 auf eine «Sonnenscheinpolitik» gegenüber Pjöngjang setzte. Seoul war zu der Zeit mitnichten ein Befürworter der «Schurkenstaat»-Theorie. Aus pragmatischen und finanziellen Erwägungen: Seitdem nämlich klar war, welche exorbitante Kosten dem Land aufgebürdet würden, verfolgte es eine (Wieder-)Vereinigungspolitik analog dem deutschen Beispiel, zerstob die frühere Euphorie der politischen Eliten in Seoul, man werde sich aufgrund der haushohen wirtschaftlichen Überlegenheit früher oder später den Norden einverleiben können.

William J. Perry, von 1994 bis 1997 US-Verteidigungsminister und einer der Architekten des Agreed Framework, wurde im Rahmen einer intensiven Ostasien-Shuttle-Diplomatie damit betraut, Präsident Bill Clinton Richtlinien künftiger US-amerikanischer Nordkoreapolitik zu präsentieren. Am 12. Oktober 1999 veröffentlichte Perry seinen Bericht und kam darin zu dem Ergebnis, dass das Agreed Framework unbedingt Bestand haben müsse, wenngleich kooperative und konfrontative Elemente fortan stärker aufeinander abgestimmt sein sollten.²⁰ Die Bedeutung des *Perry-Reports* lag darin, dass er auf der Basis intensiver, für sämtliche Protagonisten in der Region Gesicht wahrender Gespräche verfasst wurde, die ursprünglich angenommene Prämisse eines kurz- bis mittelfristigen Zusammenbruchs Nordkoreas revidierte, Kim Dae-Jungs «Sonnenschein-» beziehungsweise Nordpolitik ausdrücklich befürwortete und das seit dem Koreakrieg wichtigste US-amerikanische Entspan-

¹⁹ Zur Geschichte des Siechtums und schließlichen Scheiterns der KEDO s. Knut Mellenthin: „Weder Krieg noch Frieden“, in: *Junge Welt* vom 19.9.2017

²⁰ „*Review of United States Policy Toward North Korea: Findings and Recommendations*“. Unclassified Report by Dr. William J. Perry, U.S. North Korea Policy Coordinator and Special Advisor to the President and the Secretary of State, Washington, D.C., October 12, 1999, 11 S.

nungssignal aussandte. Perry selbst zeigte sich überzeugt, dass das Jahr 1999 die Perspektive einer gedeihlichen Zusammenarbeit eröffnet habe.

Historisches Treffen in Pjöngjang

Am 13. Juni 2000 gar genoss Nordkoreas politische Führung als Gastgeber des ersten innerkoreanischen Gipfels den wahrlich geschichtsträchtigen Moment, dass die Staatschefs beider Teilstaaten, KIM Dae-Jung und KIM Jong-Il – offiziell zwar noch im Kriegszustand – Freundlichkeiten per Handschlag austauschten, über Familienzusammenführung und den Ausbau bilateraler Wirtschaftsbeziehungen redeten sowie regelmäßige Treffen der Verteidigungsminister und schließlich die gemeinsame Teilnahme ihrer Sportteams an den bevorstehenden Olympischen Sommerspielen in Sydney vereinbarten. Ein veritabler Durchbruch, der mitausschlaggebend war, Südkoreas einst prominentesten politischen Gefangenen und Staatsfeind Nummer Eins für seine seit Frühjahr 1998 vis-à-vis dem Norden praktizierte «Sonnenscheinpolitik» im Dezember 2000 mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen.

Dergestalt in seiner Politik bestärkt, suchte Pjöngjang gleichzeitig die außenpolitische Offensive und bat in diplomatischen Noten mehrere westeuropäische Regierungen um die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Nordkorea. Italien und Kanada reagierten bereits Anfang 2000 positiv, während Berlin, London, Madrid und Brüssel noch im selben Jahr solche Beziehungen als flankierende Massnahme des seit Sommer in Schwung geratenen innerkoreanischen Entspannungsprozess binnen weniger Monate in Aussicht stellten und dies ausdrücklich auf dem dritten, vom Thema Nordkorea beherrschten *Europa-Asien-Gipfels (ASEM)* der Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Länder und zehn Staaten Ost- und Südostasiens in Seoul Mitte Oktober 2000 bekräftigten. In Peking und Seoul wurde dieser Schritt ausdrücklich begrüßt.

Absoluter Höhepunkt der Pjöngjanger Außenpolitik und Diplomatie war der Besuch von US-Außenministerin Madeleine Albright am 23./24. Oktober 2000, womit erstmalig in der Geschichte beider Länder ein derart hochrangiges Mitglied der US-Regierung in der Volksrepublik weilte. Wäre Präsident Clinton in den letzten Tagen seiner Amtszeit nicht durch die Bemühungen um Deeskalation des palästinensisch-israelischen Konflikts und das sich daheim grotesk hinziehende Wahldebakel auf dem falschen Fuß erwischt worden, hätte ihn möglicherweise seine letzte Stippvisite ins Ausland Anfang 2001 nach Pjöngjang geführt, wo bereits entsprechende Vorbereitungen im Anschluss an den Albright-Besuch angelaufen waren.

Poltergeist Bush Jr.

Was zu Beginn des Jahres 2001 vielversprechend auf einen behutsamen, doch kontinuierlichen Entspannungsprozess auf der koreanischen Halbinsel hindeutete, wurde mit dem Amtsantritt George W. Bushs abrupt beiseite geschoben. Selten ist ein Staatsgast, dazu noch ein gerade erst mit dem Friedensnobelpreis geehrtes Staatsoberhaupt, dermaßen brüskiert worden, wie das Anfang März 2001 KIM Dae-Jung widerfuhr.

Anlässlich dieses ersten Staatsbesuchs eines asiatischen Regierungschefs beim neuen republikanischen Chef im Weißen Haus nannte Präsident Bush Nordkorea am 7. März 2001 ohne Umschweife einen «Bedrohungsfaktor in Ostasien», mit dem weitere Gespräche ausgesetzt und möglicherweise erst nach einer kompletten Neubestimmung der US-amerikanischen Asienpolitik wieder aufgenommen würden. Als er dann auch noch den innerkoreanischen Dialog in Zweifel zog und signalisierte, die USA würden dessen Unterstützung einstellen, ließ das den südkoreanischen Staatsgast als naiven Eiferer und seine Entourage wie begossene Pudel dastehen. Noch einen Tag

zuvor (am 6. März) hatte der neue Außenminister Colin Powell den noch zuversichtlich gestimmten Gästen aus Seoul versichert, sein Land werde die «vielversprechenden Elemente» der Nordkorea-Politik seiner Vorgängerin weiterführen und da anknüpfen, wo die Clinton-Administration aufgehört habe.

So schlug die US-Regierung mit Blick auf Nordkorea eine Tür zu, für deren Öffnung es eines sensiblen und dauerhaften politisch-diplomatischen Engagements bedurfte. Gerade ein Jahr im Amt, brandmarkte Präsident Bush die Volksrepublik nebst Irak und Iran international als Teil (s)einer ominösen «Achse des Bösen», die es zu zertrümmern galt. Die von US-Truppen geführte Irak-Invasion mit dem klaren Ziel, dort gewaltsam einen Regimewechsel herbeizubomben, ließ in Pjöngjang die Alarmglocken lauter schrillen. Seitdem setzte und setzt die politische Führung der Volksrepublik sehr rational und in knallharter systemimmanenter Logik sowie des schieren Überlebens willen auf das, was sie ihr «größtmögliches Abschreckungspotenzial» nennt.²¹

Neujahrsbotschaft aus Pjöngjang

Wäre die aktuelle Sicherheitslage in der Region nicht so prekär, könnte man meinen, der seit Beginn dieses Jahres erfolgte Schlagabtausch zwischen Mister Trump und Genossen KIM gleiche einer Rivalität zweier aufgedrehter Steiff-Teddybären darüber, wer denn nun den größeren Knopf im Ohr hat. Hatte der nordkoreanische Machthaber KIM Jong-Un in seiner Neujahrsansprache darauf hingewiesen, dass «sein Atomwaffenknopf immer auf seinem Schreibtisch» sei, twitterte der Mann im Weißen Haus flugs retour. «Würde jemand aus seinem verarmten und ausgehungertem Regime ihn bitte darüber informieren», so Trump, «dass auch ich einen Atomwaffenknopf habe. Der ist nicht nur größer, sondern funktioniert auch».

Während in den sogenannten Leitmedien im Westen hervorgehoben wurde, KIM Jong-Un halte unerbittlich an seiner atomaren Bedrohungsstrategie fest, fiel die Interpretation seiner Neujahrsansprache in Südkorea, der VR China und Russland gänzlich anders aus. KIM feierte darin zwar sein Land und die Fortschritte, die es in seinem Atomprogramm als angemessenen Schutz vor einem US-Angriff gemacht habe. Bedeutsamer indes war die an die MOON Jae-In-Regierung in Seoul adressierte Botschaft, nach über zweijähriger Pause wieder bilaterale Gespräche auf hochrangiger Ebene zu führen. Als sich also am 9. Januar 2018 die Chefunterhändler Pjöngjangs und Seouls im Grenzort Panmunjom erneut trafen, standen nicht nur die Teilnahme Nordkoreas an den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang vom 9. bis zum 25. Februar sowie die Verbesserung der beidseitigen Beziehungen auf der Agenda.

Es geht vielmehr darum, jene Entspannungssignale weiterzuverfolgen, die bis dato dreimal vielversprechend erfolgt waren. In den Jahren 1972, 1991 und 2000 hatte man jeweils eine enge innerkoreanische Kooperation beschworen, die jedoch allesamt durch äußere Faktoren konterkariert wurde. 1972 verhängte das südkoreanische PARK Chung-Hee-Regime landesweit das Kriegsrecht, während 1991 Pjöngjang – so wörtlich – eine «ideologische Kontaminierung» im Zuge von Gorbatschows Glasnost-Politik witterte und kurzerhand seine Kader aus der früheren Sowjetunion und osteuropäischen Ländern nach Hause zurückordnete. Mitte Juni 2000 fand dann in Pjöngjang das erste innerkoreanische Gipfeltreffen statt, auf dem bekanntlich in der von Gastgeber KIM Jong-Il und Südkoreas Staatschef KIM Dae-Jung gemeinsam unterzeichneten «Nord-Süd-Erklärung» die bis dato engste Zusammenarbeit auf politi-

²¹ Rainer Werning/Helga Picht (2018): *Brennpunkt Nordkorea: Wie gefährlich ist die Region? Berichte, Daten und Fakten*. Berlin: Edition Berolina.

scher, wirtschaftlicher, kultureller, militärischer sowie sportlicher Ebene vereinbart worden war. Markante Resultate dieses Gipfels waren überdies Vereinbarungen über Familienzusammenführungen und der Aufbau des seinerzeit als «Kronjuwel innerkoreanischer Kooperation» gepriesenen Kaesong Industriekomplexes auf nordkoreanischem Boden mit südkoreanischem Kapital und technologischem Know-how.

Während die Wiederaufnahme des innerkoreanischen Dialogs gleichermaßen in Pjöngjang und Seoul begrüßt wurde und in der Bevölkerung beider Länder großen Rückhalt findet, wurde seitens der US-Regierung international alles unternommen, diesen Durchbruch kleinzureden. Von «Ablenkungsmanövern», «kalkulierter Charmeoffensive» war die Rede und in den USA selbst wurden in verschiedenen Militärcamps vermehrt Übungen durchgeführt, die einen Überraschungsangriff gegen nordkoreanische Einrichtungen simulierten. Man darf gespannt sein, mit welchen Mitteln und Methoden die USA der Nord-Süd-Annäherung diesmal in die Parade fahren.

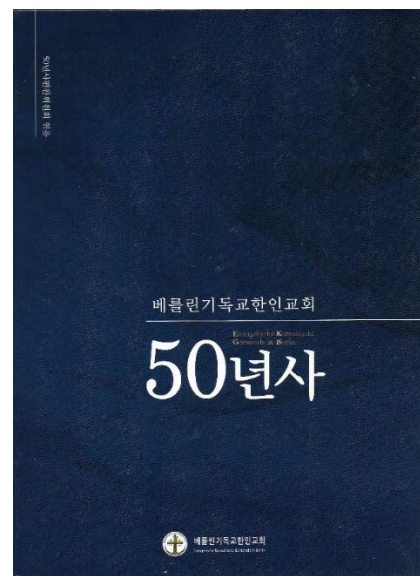
Erstveröffentlichung in der Quartalszeitschrift HINTERGRUND (Ffm./Berlin) 1/2018.

Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler & Publizist mit den Schwerpunkten Ost- und Südostasien, ist u.a. (Nord-)Koreadozent an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) in Bonn-Röttgen und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Offenen Akademie. Zuletzt erschien von ihm das gemeinsam mit Helga Picht verfasste Buch «Brennpunkt Nordkorea» (Berlin 2018).

III. Koreanische Gemeinde

50-jähriges Jubiläum der Hanin-Gemeinde in Berlin-Moabit

Es begann mit einem Gebetskreis koreanischer Krankenschwestern im Jahr 1967. 50 Jahre lang ist die koreanische evangelische Hanin-Gemeinde jetzt in Berlin tätig. Sie hat sich seitdem zu einer festen Größe in der ökumenischen Landschaft der deutschen Hauptstadt und zu einem verlässlichen Partner der EKBO, des Berliner Missionswerks und des Internationalen Konvents der Gemeinden anderer Sprache und Herkunft in Berlin entwickelt. Die Hanin-Gemeinde gehört zur Presbyterian Church in the Republic of Korea (PRoK), die seit 1977 durch einen Partnerschaftsvertrag mit der EKBO bzw. dem Berliner Missionswerk verbunden ist. So war es auch Missionsdirektor Roland Herpich, der den jetzigen Pfarrer der Gemeinde, Sung-ho CHO, im Jahr 2010 in sein Amt in Berlin eingeführt hat. Am 4. und 5. November feierte die Hanin-Gemeinde nun in der Heilandskirche in Berlin-



Festschrift mit 700 Seiten zum 50-jährigen Jubiläum der Hanin-Gemeinde in Berlin